

# BUNDESRAT

## Bericht über die 423. Sitzung

Bonn, den 19. September 1975

### Tagesordnung

- Zur Tagesordnung . . . . . 235 A
2. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1975 (**Nachtragshaushaltsgesetz 1975**) (Drucksache 520/75)  
in Verbindung mit
3. Zweite Verordnung über die **Freigabe von Mitteln aus den Konjunkturausgleichsrücklagen der Haushaltsjahre 1969 und 1970** (Drucksache 521/75)  
in Verbindung mit
4. **Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen** (Drucksache 522/75)  
in Verbindung mit
5. **Sondergutachten** des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zur **konjunkturpolitischen Lage im August 1975** (Drucksache 505/75) . . . . . 235 B
- Prof. Dr. Halstenberg (Nordrhein-Westfalen), Berichterstatter . . . 235 C
- Dr. Stoltenberg (Schleswig-Holstein) 236 A, 245 A
- Dr. Apel, Bundesminister der Finanzen . . . . . 239 C
- Präsident Kubel . . . . . 241 B
- Koschnick (Bremen) . . . . . 241 B, 246 D
- Osswald (Hessen) . . . . . 244 B
- Lüder (Berlin) . . . . . 250 A
- zu Punkt 4:
- Frau Griesinger (Baden-Württemberg) . . . . . 246 D
- Dr. Friderichs, Bundesminister für Wirtschaft . . . . . 247 B
- Beschluß zu 2:** Billigung einer Stellungnahme gemäß Art. 110 Abs. 3 GG 248 A
- zu 3: Zustimmung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG . . . . . 248 A
- zu 4: Billigung einer Stellungnahme gemäß § 8 Abs. 1 Satz 4 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstum der Wirtschaft . . . . . 248 A
- zu 5: Kenntnisnahme gemäß § 6 Abs. 2 des Sachverständigenratsgesetzes . . 248 B
7. Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den **Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern** (Drucksache 547/75) . . . . . 248 B
- Beschluß:** Keine Einwendungen gemäß Art. 76 Abs. 2 GG . . . . . 248 B

1. a) **Wahl von drei Richtern am Bundesverfassungsgericht** (Drucksache 564/75)
- b) **Wahl des Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts** (als solchen) (Drucksache 565/75) . . . . . 248 B

**Beschluß zu a):** Professor Dr. Konrad Hesse, Bundesverfassungsrichter Dr. Helmut Simon und Professor Dr. Helmut Steinberger werden zu Richtern am Bundesverfassungsgericht gewählt . . . . . 249 A

zu b): Bundesverfassungsrichter Dr. Wolfgang Zeidler wird zum Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts gewählt . . . . . 249 C

## Verzeichnis der Anwesenden

## Vorsitz:

Präsident Kubel,  
Ministerpräsident des Landes Niedersachsen

## Schriftführer:

Kiesl (Bayern)

## Baden-Württemberg:

Dr. Filbinger, Ministerpräsident  
Adorno, Minister für Bundesangelegenheiten  
Frau Griesinger, Arbeits- und Sozialminister

## Bayern:

Dr. h. c. Goppel, Ministerpräsident  
Dr. Heubl, Staatsminister für Bundesangelegenheiten  
Kiesl, Staatssekretär im Staatsministerium des Innern  
Dr. Seidl, Staatssekretär im Staatsministerium der Justiz

## Berlin:

Oxford, Bürgermeister, Senator für Justiz  
Stobbe, Senator für Bundesangelegenheiten  
Dr. Riebschläger, Senator für Finanzen  
Lüder, Senator für Wirtschaft

## Bremen:

Koschnick, Präsident des Senats, Bürgermeister  
Willms, Senator für Bundesangelegenheiten

## Hamburg:

Steinert, Senator, Bevollmächtigter der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund

## Hessen:

Osswald, Ministerpräsident  
Dr. Günther, Minister der Justiz und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund

## Niedersachsen:

Hellmann, Minister für Bundesangelegenheiten  
Kasimier, Minister der Finanzen  
Prof. Dr. Grolle, Minister für Wissenschaft und Kunst

## Nordrhein-Westfalen:

Kühn, Ministerpräsident  
Prof. Dr. Halstenberg, Finanzminister  
Frau Donnepp, Minister für Bundesangelegenheiten  
Dr. Posser, Justizminister

## Rheinland-Pfalz:

Dr. Kohl, Ministerpräsident  
Dr. Geissler, Minister für Soziales, Gesundheit und Sport  
Theisen, Minister der Justiz  
Dr. Vogel, Kultusminister

## Saarland:

Dr. Röder, Ministerpräsident  
Prof. Dr. Schön, Minister der Finanzen  
Dr. Wicklmayr, Minister für Rechtspflege und Bevollmächtigter des Saarlandes beim Bund

## Schleswig-Holstein:

Dr. Stoltenberg, Ministerpräsident

## Von der Bundesregierung

Dr. Apel, Bundesminister der Finanzen  
Dr. Friderichs, Bundesminister für Wirtschaft  
Ravens, Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau  
Frau Schlei, Parl. Staatssekretär beim Bundeskanzler



(A)

(C)

## Stenographischer Bericht

## 423. Sitzung

Bonn, den 19. September 1975

Beginn: 9.35 Uhr

**Präsident Kubel:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die 423. Sitzung des Bundesrates. Die vorläufige Tagesordnung liegt Ihnen vor. Wir sind übereingekommen, den Punkt 6:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes

heute abzusetzen.

(B) Die Tagesordnung muß in anderer als in der gedruckt vorliegenden Reihenfolge abgewickelt werden. Den Punkt 1 — Wahlen zum Bundesverfassungsgericht — werden wir nach Punkt 7, also zum Schluß der Sitzung, aufrufen können.

Wortmeldungen zur Tagesordnung? — Das ist nicht der Fall. Dann ist sie festgestellt.

Die Punkte 2 bis 5 wollen wir gemeinsam behandeln. Einverstanden? — Danke!

Ich rufe die Punkte 2, 3, 4 und 5 der Tagesordnung auf:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1975 (**Nachtragshaushaltsgesetz 1975**) (Drucksache 520/75).

Zweite Verordnung über die **Freigabe von Mitteln aus den Konjunkturausgleichsrücklagen der Haushaltsjahre 1969 und 1970** (Drucksache 521/75).

**Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen** (Drucksache 522/75).

**Sondergutachten** des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zur **konjunkturpolitischen Lage im August 1975** (Drucksache 505/75).

Zur Berichterstattung für den Finanzausschuß zu Punkt 4 erteile ich Herrn Minister Prof. Dr. Halstenberg das Wort.

**Prof. Dr. Halstenberg** (Nordrhein-Westfalen), Berichterstatter: Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Finanzausschuß des Bundesrates hat das von der Bundesregierung beschlossene **Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen** am 11. September beraten. Der Finanzausschuß empfiehlt, die Ihnen vorliegende Stellungnahme zu beschließen, zu der ich einige begründende Bemerkungen machen möchte.

Das Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen ist Teil einer im europäischen Bereich koordinierten Aktion zur Konjunkturstützung und zur Verbesserung der längerfristigen Aussichten für Wachstum und Stabilität. Durch diese internationale Einbettung des Programms wird von den geplanten Maßnahmen ein entscheidender Beitrag zur allgemeinen Wirtschaftsbelebung erwartet werden können. Darum hat der Finanzausschuß einstimmig beschlossen, den auf die Länder entfallenden Anteil des Konjunkturprogramms voll mitzufinanzieren.

Der Finanzausschuß hatte sich auch mit der Frage der **verfassungskonformen Ausgestaltung der Verwaltungsvereinbarungen** zu befassen und hat zu seinem Bedauern feststellen müssen, daß in einigen Punkten die Rechtsauffassung des Bundesrates mit der der Bundesregierung nicht übereinstimmt. Die Länder haben im Zusammenhang mit früheren Konjunkturprogrammen darauf hingewiesen, daß die förmliche Festlegung einer Mitleistungspflicht der Länder und die Mitbestimmung des Bundes bei der Auswahl der Förderobjekte nicht verfassungskonform sind. Der Finanzausschuß wünscht daher, daß nunmehr die Bund-Länder-Verhandlungen mit dem Ziele geführt werden, für künftige Fälle eine Regelung zu finden, die den Anforderungen des Art. 104 a Abs. 4 GG gerecht wird, und zügig zum Abschluß gebracht werden.

Mit knapper Mehrheit hat sich der Finanzausschuß dafür ausgesprochen, dem Bundesrat zu empfehlen, denjenigen Ländern weitere **Finanzhilfen** zu gewähren, die ihren Finanzierungsanteil an dem Programm aus den Konjunkturausgleichsrücklagen nicht voll erbringen können und denen wegen ihrer über-

(D)

(A) durchschnittlichen Verschuldung — der Länderverschuldung — eine weitere Kreditaufnahme nicht möglich oder nicht zumutbar sei. Eine Minderheit ist dem mit der Ansicht entgegengetreten, daß man eine stärkere Bundesverschuldung nicht fordern könne.

**Präsident Kubel:** Herzlichen Dank, Herr Halstenberg. — Herr Bundesfinanzminister wollen Sie jetzt Stellung nehmen oder abwarten? — Dann darf ich Herrn Stoltenberg das Wort geben.

**Dr. Stoltenberg** (Schleswig-Holstein): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Regierungsvorlagen zum Nachtragshaushalt 1975 des Bundes und zum Programm für die Stärkung von Bau- und anderen Investitionen spiegeln — zweifellos in einem Ausschnitt — die dramatische Zuspitzung der Wirtschafts- und Finanzlage nicht nur des Bundes, sondern der Bundesrepublik Deutschland wider. Sie berühren, wie vor allem auch der folgende Punkt über die Änderung des Finanzausgleichs, die Beziehungen von Bund und Ländern ganz erheblich.

Beide Themenbereiche haben den Deutschen Bundestag in dieser Woche ausführlich beschäftigt. Ich glaube nicht, daß wir diese zweitägige Debatte in aller Breite hier aufzunehmen brauchen. Aber von Sprechern der Bundesregierung und auch von Abgeordneten des Deutschen Bundestages sind zum Stand und zur Weiterentwicklung der **finanzwirtschaftlichen Zusammenarbeit von Bund und Ländern** Ausführungen gemacht worden, an denen wir nach meiner Überzeugung in Verbindung mit diesen Vorlagen nicht einfach vorbeigehen können.

Gegenüber den Etatbeschlüssen vom März ergibt sich für den Bund ein konjunkturbedingter Steuerausfall von fast 7 Milliarden DM, außerdem ein Minus von 2 Milliarden DM, weil die Bundesregierung trotz der damals ausgesprochenen Warnungen des Bundesrates in einer völlig unrealistischen Annahme ihre weit überzogenen Maximalforderungen für die Neuordnung der Umsatzsteuer in den Etat eingesetzt hat.

Die Mehrausgaben von über 6 Milliarden DM sind im wesentlichen, wie der Bericht zeigt, eine Folge der erschreckend hohen Arbeitslosenzahlen und damit der anhaltenden Wirtschaftskrise. Noch am 11. Mai dieses Jahres erklärte der Bundeskanzler — ich zitiere —: „Die finanzwirtschaftliche Situation des Jahres 1975 macht mir überhaupt keine Sorge. Das Jahr 1975, in dem wir gegenwärtig leben, macht finanzwirtschaftlich keine ernststen Schwierigkeiten.“

Dies ist nur, meine Damen und Herren, eine der vielen vollkommen verfehlten Vorhersagen von Mitgliedern der Bundesregierung über die Probleme dieses Jahres, die wir insbesondere vor den Landtagswahlen im Frühjahr, auch in Schleswig-Holstein, so reichlich vernommen haben. Das Recht auf Irrtum steht selbstverständlich jedem Politiker zu; nur sollte man es nicht zu oft in Anspruch nehmen, ohne an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Und

wenn man sich so offenkundig im Frühjahr geirrt hat, dann sollte man im Herbst nicht wieder, wie wir das gestern und vorgestern gehört haben, erneut in recht fragwürdige Prognosen und Positionen hinübergehen.

Auch die jetzigen finanzpolitischen Aussagen der Bundesregierung sind nämlich durch neue Widersprüche bestimmt. Auf der einen Seite haben sich Bund und Länder auf ein zusätzliches Investitionsprogramm zur Stützung vor allem der Bauinvestitionen geeinigt. Auch das soeben vom Kabinett verabschiedete Gesetz unter dem anspruchsvollen Titel „Verbesserung der Haushaltsstruktur“ soll nach den Aussagen der Bundesregierung langfristige Voraussetzungen für eine verstärkte Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand bringen. Dem steht aber gegenüber, daß nach einer ersten Analyse die neue Finanzplanung des Kabinetts ein weiteres Absinken der seit 1970 schon rückläufigen Anteile der investiven Ausgaben des Bundes bei den Etats der künftigen Jahre von rund 15 Prozent in diesem Jahr auf 12,8 Prozent im Jahre 1979 bringt.

Dies berührt nun auch die Interessen der Bundesländer unmittelbar, vor allem bei den sich abzeichnenden erheblichen **Eingriffen in die großen Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern**. Ich meine damit nicht nur die Gemeinschaftsaufgaben nach Artikel 91, sondern den darüber hinausgehenden Bereich der gemeinsamen Finanzierung zum Teil auf der Basis von Artikel 104 GG. Die Not dieser Jahre mag auch hier die eine oder andere Einschränkung erzwingen. Wir wissen dies auch aus der Situation einiger Bundesländer, die dem Bund ja teilweise mit einschneidenden Sparbeschlüssen vorangegangen sind und, wenn man die Beschlüsse analysiert, dabei auch nicht völlig den investiven Bereich in ihren Finanzplanungen ausklammern konnten. Aber ich möchte hier nachdrücklich der Erklärung des Bundeskanzlers vor dem Deutschen Bundestag widersprechen, in der diese Kürzungen als die erste programmatische Entscheidung mit dem Ziel eines späteren weiteren Abbaues der Bundesleistungen für die Gemeinschaftsaufgaben und die gemeinsamen Investitionen bezeichnet wurden. Damit droht — wenn das die neue Politik wäre — die Demontage einer der großen reformerischen Leistungen der Großen Koalition der Regierung Kiesinger auf den Grundlagen der schon erwähnten 1969 neu geschaffenen Artikel 91 a und b und 104 a GG. Die konkrete Ausgestaltung dieser Bestimmungen und auch die Verwaltungspraxis werden auch innerhalb der Länder teilweise strittig diskutiert; eine Debatte, die wir alle seit Jahren kennen. Sicher mag das eine oder andere in der Ausgestaltung und administrativen Praxis verbesserungsbedürftig und verbesserungsfähig sein. Jedoch wäre es nach meiner Überzeugung ein gefährlicher Rückschritt, wenn der Bundeskanzler mit seiner Ankündigung in dieser Woche vor dem Deutschen Bundestag eine weitgehende Aushöhlung oder Trockenlegung dieses zentralen Bereichs der Zusammenarbeit ankündigen wollte.

Regionale Wirtschaftsförderung, Agrarstruktur und Küstenschutz, Krankenhausfinanzierung, Stadt-

(A) und Dorferneuerung, Hochschulbau — sie bedürfen nach unserer Auffassung auch in Zukunft in einem teilweise verbesserten Verfahren der konstruktiven Zusammenarbeit von Bund und Ländern, wie sie sich zwischen den zuständigen Ressorts in den vergangenen Jahren auch entwickelt hat. Die Bundesregierung würde mit einem völligen Kurswechsel die soeben neu verkündeten Zielsetzungen ihres Raumordnungsberichts, die vor den Wahlen der Jahre 1972 und 1975 vom Bundeskanzler selbst verkündete Aufgabe der Herstellung gleichwertiger Chancen für alle Regionen der Bundesrepublik Deutschland, in Frage stellen, wenn sie den hier angesprochenen Weg weiter beschritte.

Im Lichte der Regierungserklärung vom Mittwoch dieser Woche muß ich auch daran erinnern, daß noch vor wenigen Monaten, vor der Landtagswahl am 13. April, der Bundeskanzler, der Finanzminister und andere Kabinettsmitglieder in Reden und Interviews in Schleswig-Holstein, aber nicht nur dort, die zentrale Bedeutung einer aktiven Ausgestaltung dieser gemeinsamen Aufgaben hervorgehoben, ihre eigenen Verdienste zum Teil gebührend, zum Teil, Herr Apel, dabei auch etwas über Gebühr gewürdigt und ihre positiven Absichten betont sowie konkrete Versprechungen gemacht haben, an denen Sie nicht nur von Ihren Partnern in den Landesregierungen, sondern auch von den Bürgern gemessen werden.

(B) Das vom Bundeskanzler vor dem Bundestag entworfene düstere Bild einer Bundesregierung, die finanzwirtschaftlich zwischen die Mahlsteine der Europäischen Gemeinschaft und der Bundesländer gerate, entspricht nicht der Wirklichkeit. Auch das sollte in einer finanzpolitischen Debatte im Bundesrat gesagt werden, denn es hat mit der Wirklichkeit überhaupt nichts zu tun. Es ist ganz interessant, einmal aus der Funktion des angeblichen Bremsers in die Funktion eines angeblichen Mahlsteins zu kommen. Die Bremsen waren doch immer diejenigen, die weniger Geld ausgeben wollten als die Bundesregierung und die Koalition. Nachdem das leichtsinnige Geldausgeben jetzt in eine Krise geführt hat, sind wir nun plötzlich die Mahlsteine, die finanzwirtschaftlich diese arme Bundesregierung zerreiben. — Welch ein Wandel des Bildes und welch eine veränderte Funktionsbeschreibung dieses Hauses und der Bundesländer!

Aber jedes Kabinettsmitglied der Bundesländer, ja, jeder Landtagsabgeordnete der Bundesländer weiß, daß die stärkste Dynamik des Ausgabenwachstums gerade bei den Ländern durch die weitgespannten neuen Programme und die Gesetzgebung des Bundeskabinetts und des Bundestages seit 1969 erwachsen sind: ein ständiges Thema auch unserer Diskussionen und Auseinandersetzungen hier.

Nicht die Bundesländer, Herr Bundesfinanzminister, waren es, die 1970 diesen gigantischen abenteuerlichen **Bildungsbericht** des Herrn Leussink und der Frau Hamm-Brücher einer erstaunten deutschen Öffentlichkeit unter der Federführung und dem Namen der Bundesregierung präsentierten, der pädagogisch falsch war und uns mit gewissen Elementen in eine Sackgasse geführt hat und der zudem über-

(C) haupt nicht zu finanzieren war. Die Länder haben in mühsamen zweieinhalbjährigen Verhandlungen mit der Bundesregierung das vorgesehene Volumen auf ein Ausmaß reduziert, das finanzwirksam etwa 60 % der vorgesehenen Aufwendungen bedeutete. Heute ist das Ergebnis, daß auch diese Aufwendungen nicht finanziert werden können.

Nicht die Bundesländer waren es, die bei den Auseinandersetzungen mit dieser Regierung über die **Krankenhausfinanzierung** Maximalforderungen vertraten, sondern es war zunächst die Bundesregierung Brandt, später die unter Führung von Schmidt. Wir haben bei den Verhandlungen im Bundesrat Mühe gehabt, diese Aufgabe der Krankenhausplanung und -finanzierung — nach Artikel 104 des Grundgesetzes — in eine Größenordnung zu bringen, die einigermaßen tragbar erschien und heute sogar noch — wir sehen dies, Herr Kollege Osswald, in den Diskussionen der verschiedenen Länder — ein Stück nach unten korrigiert werden muß.

Auch in dem weiten Bereich der dynamischen Ausgestaltung der öffentlichen Verwaltung und **Besoldung** haben wir damals von dem auf diesem Gebiet so tatkräftigen Innenminister Genscher so manches gehört und erlebt, was im Bundesrat nicht in allen Punkten unsere Zustimmung gefunden hat.

(D) Ich nenne nur diese drei großen Beispiele, um einmal in aller Deutlichkeit klarzustellen, daß die Bundesregierung durch eine zu weitgespannte Politik vor allem auch im Bereich der finanziellen Vorstellungen nicht nur ihren eigenen Haushalt, sondern auch die Etats der Länder so stark belastet hat, daß sie sich jetzt nicht in die Rolle dessen begeben darf, der behauptet, angeblich durch den anderen Partner in seiner Handlungs- und Leistungsfähigkeit bedroht zu werden. Das eine oder andere Mitglied der gegenwärtigen Regierung — ich will hier keine Namen nennen, Herr Finanzminister — sagte mir in einem persönlichen Gespräch: Wir waren ja 1970 oder 1971 ad personam noch nicht dabei. Aber dieses Argument bedeutet natürlich gar nichts gegenüber der politischen und programmatischen Kontinuität der gegenwärtigen Bundesregierung und der Koalition. Die Entscheidungen der Jahre 1970 und 1971 wirken eben weiter, auch wenn Sie sie intern manchmal mehr bedauern, als Sie sie öffentlich — noch verhalten — preisen.

Es gibt natürlich einen politischen Zusammenhang dieser prinzipiellen Fragen mit dem **Investitionsprogramm**, das wir heute beraten. Zum viertenmal in kurzer Zeit haben sich die Länder bereit erklärt, unter dem Termindruck weniger Wochen die Voraussetzungen für eine gemeinsam geplante und finanzierte Aktion dieser Art mitzuschaffen. Auch wenn wir Vorbehalte gegen bestimmte Einzelregelungen und Verfahrensformen haben, wie sie etwa in der von Herrn Kollegen Halstenberg erwähnten Entscheidung und dem Bericht des Finanzausschusses zum Ausdruck kommen, auch wenn wir die Auswirkungen eines solchen kurzfristigen Programms zurückhaltender beurteilen als andere — und das gilt auch, sehr geehrter Herr Halstenberg, für die Mei-

(A) nung, daß das ein Programm von europäischer Bedeutung oder auch nur Stück einer bedeutenden europäischen Konjunkturpolitik sei; dies kann ich nicht erkennen — —

(Zuruf von Bürgermeister Koschnick)

— Die Dänen senken die Mehrwertsteuer, diese Bundesregierung will sie erhöhen, Herr Koschnick; auch das gehört zur europäischen Konjunkturpolitik und zu dem, was hier als gemeinsames Konzept sichtbar wird. — Wir wollen der Bundesregierung genauso wie im vergangenen Dezember die Möglichkeit eröffnen, einen begrenzten Beitrag für die Eindämmung der Arbeitslosigkeit und die Stützung von Betrieben im kommenden Winter zu leisten. Dazu wollen wir unseren eigenen Beitrag leisten.

Nur bleiben, meine Damen und Herren, Investitionsprogramme dieser Art — das muß hier auch einmal deutlich gesagt werden — fragwürdig, wenn nicht zwei Voraussetzungen gegeben sind: Einmal dürfen die **regulären Investitionen** in ihrem Anteil an den Gesamtausgaben der öffentlichen Hand nicht weiter in dem Tempo zurückgehen, das die vergangenen Jahre leider bestimmte. Mittelfristig ist vielmehr eine Umkehrung dieses gefährlichen Trends erforderlich. Die genannten Zahlen machen deutlich, daß die vorliegenden Beschlüsse der Bundesregierung, die uns im Oktober hier beschäftigen werden, diese Wirkung, dieses Ergebnis leider nicht erreichen.

Zum anderen aber müssen — dies ist fast noch bedeutsamer — kurzfristig angelegte Investitionsprogramme und finanzpolitische Vorlagen der Bundesregierung endlich in ein überzeugendes **Gesamtkonzept zur Förderung eines anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwungs** und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingeordnet werden.

(B) Wir stimmen dem gemeinsamen Programm von Bund und Ländern zu; aber diese Entscheidung fällt uns schwer, da wir immer noch nicht eine langfristig angelegte umfassende Politik der Bundesregierung zur Erreichung dieser wichtigen Ziele erkennen können, auch nicht nach der mehrtägigen Debatte, die der Deutsche Bundestag geführt hat. Die ordnungspolitischen, gesellschaftspolitischen und steuerpolitischen Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivität und persönliche Lebensentscheidungen bleiben unklar, nicht zuletzt auch durch wachsende Gegensätze innerhalb der beiden Regierungsparteien.

Es nutzt nichts, wenn der Bundeswirtschaftsminister konkrete Forderungen in diesem Bereich erhebt, die er dann gegen den größeren Partner offenbar nicht durchsetzen kann und die teilweise sogar durch Kabinettsbeschlüsse in eine andere Richtung korrigiert werden. Die vom Bundeswirtschaftsminister zu Recht geforderte **Debatte über gezielte Steuererleichterungen** vor allem für Klein- und Mittelbetriebe kann sogar ungewollt negative Wirkungen, Herr Friderichs, durch die zeitliche Verzögerung von Investitionsvorhaben im Warten auf bessere gesetzliche Bedingungen haben, wenn das Kabinett die Entscheidung darüber weiter vertagt.

Sicher ist der finanzielle Spielraum für derartige (C) Lösungen heute gering. Aber ein erster begrenzter Schritt, zu dem unsere Landesregierung bereit ist, hätte eine starke Wirkung, wenn dieses Ziel programmatisch in einer langfristigen Perspektive deutlicher wird. Nur durch positive Zeichen mit einer langen Perspektive und klaren Entscheidungen können nach meiner Überzeugung die Wachstumsraten für 1976 in etwa erreicht werden, von denen die mittelfristige Finanzplanung der Bundesregierung und damit verbunden auch der Länder ausgeht. Andernfalls müßten wir befürchten, im kommenden Jahr weitere erhebliche Defizite zu haben. Die massive **Erhöhung der Mehrwertsteuer** ab 1. Januar 1977 paßt nach meiner Überzeugung nicht in ein solches Konzept. Wir können einer solchen Vorlage **nicht zustimmen**.

Meine Damen und Herren, wir sind grundsätzlich bereit — lassen Sie mich dies als Letztes sagen —, dem vorliegenden **Gesetzentwurf zur Neuordnung des Finanzausgleichs** und damit dem in langen Verhandlungen erzielten Kompromiß zwischen Bund und Ländern zur Steuerverteilung zuzustimmen. Ich halte es allerdings, Herr Bundesfinanzminister, für eine bedauerliche Fehlleistung, daß Sie in Verbindung mit dieser Regierungsvorlage bei der Präsentation Ihrer umstrittenen Steuer- und Sparbeschlüsse von einem skandalösen Verhalten der Bundesländer gesprochen haben. Dies ist mir völlig unverständlich. Wir haben in langen Verhandlungen einen Kompromiß erzielt. Sie haben den Kompromiß zur Grundlage eines Gesetzentwurfes gemacht, über den wir heute beraten. Unter diesem Vorzeichen ist (D) mir eine solche Kommentierung völlig unverständlich, um eine härtere Sprache zu vermeiden.

Wir haben — das müssen Sie in dem Zusammenhang deutlich sehen — die prinzipielle Zusage aus dem Sommer 1974 bei den Verhandlungen im Frühjahr dieses Jahres eingehalten, obwohl sich — nicht zuletzt durch die verfehlte Politik der Bundesregierung — die finanzwirtschaftlichen Voraussetzungen der Länder und Gemeinden gegenüber dem Zeitpunkt des Kompromisses entscheidend verschlechtert haben. Denn es ist nicht die Verantwortung der Stadt Kiel oder des Landes Schleswig-Holstein, des Saarlandes, Hessens oder Bremens, sondern, soweit es eine nationale Verantwortung gibt, die der Bundesregierung, daß wir alle miteinander in diese schreckliche Lage gekommen sind, die in den bedrohlichen, bestürzenden Defiziten der öffentlichen Hände ihren Ausdruck findet. Dennoch haben wir uns bereit erklärt, die damals gefundene Geschäftsgrundlage zu bestätigen. Ich werte dies nach wie vor als ein außerordentlich großes Entgegenkommen der Länder. Daß wir bei völlig verschiedenen Berechnungen aller elf Länder und des Bundes etwa Ihre Maximalvorstellungen übernehmen würden, damit konnten Sie zu keinem Zeitpunkt rechnen; das hat es auch in den früheren Verhandlungsrunden seit 1949, wie Ihnen die Archive des Bundesfinanzministeriums zeigen können, zu keinem Zeitpunkt gegeben. In der Frage der **Steuerverteilung**, die natürlich eines der neuralgischen Themen im bundesstaatlichen System über Koalitionen, Kon-



(A) stellationen und Personen, die sich verändern, hinweg ist, hat es niemals eine Lösung gegeben, bei der die eine Seite alles erreicht hat. Sie haben trotz der verschlechterten Bedingungen sehr viel erreicht, und ich wäre dankbar, wenn das in Zukunft auch von der Bundesregierung beachtet und anerkannt würde, ohne daß wir erwarten, daß Sie Ihre volle und uneingeschränkte Zufriedenheit mit diesem Ergebnis demonstrieren.

Ich muß Sie auf einen anderen Punkt ansprechen, der uns erhebliche Sorge bereitet. Wir hörten gestern — wir können es auch heute in den Zeitungen lesen; ich habe deshalb keine Bedenken, das hier auszusprechen —, daß die Bundesregierung vor einigen Tagen beschlossen habe, eine bereits im Kreis der Regierungschefs der Länder im wesentlichen erzielte **Vereinbarung** über die Neuordnung der **Wissenschafts- und Forschungsfinanzierung im Kernbereich** wieder in Frage zu stellen, und zwar zu Lasten der Länder gegenüber dem in den Verhandlungen zwischen den Regierungschefs erzielten Stand mit einer immerhin beachtlichen zweistelligen Millionensumme. Ich werte dies als ein bedenkliches Zeichen. Ich sage es ganz offen Herr Bundesfinanzminister: Wenn sich das bestätigt und fortsetzt, behalten wir uns eine Überprüfung unserer positiven Einstellung zu diesem Gesetz der Steuernverteilung vor. Es geht nicht an, daß auf einem bestimmten Stand der Diskussion und Vereinbarung vor der Sommerpause ein Kompromiß über die Steuerverteilung erzielt wird und die Bundesregierung im Anschluß daran — nachdem man sich über die Steuerverteilung geeinigt hat — in anderen Bereichen der gemeinsamen Finanzierung den erreichten Verhandlungsstand — Herr Kühn und ich hatten ein Mandat für die Länder, zu verhandeln, und wir haben mit der Bundesregierung für beide Seiten erfolgreich verhandelt — wieder in Frage stellt. Wenn das geschieht, muß über das Thema der Steuerverteilung aus der Sicht der Länder neu nachgedacht werden.

(B)

Ich sage das hier mit der gebotenen Deutlichkeit, vor allem auch im Hinblick auf Ihre Ausführungen vor der Bundespressekonferenz über das „skandalöse Verhalten der Länder“. Ich sage dies hier deutlich, ohne von unserer Seite aus derartige Vokabeln in die Debatte einzuführen. Ich sage es deutlich, aber, wie ich glaube, auch mit der gebotenen Zurückhaltung in der Sprache, weil wir ohnehin in einer Zeit leben, in der wir trotz des bevorstehenden Bundestagswahljahres und des weiten Feldes politischer Auseinandersetzungen, die ganz unvermeidlich sind, unter dem Vorzeichen der wirtschaftlichen und finanziellen Krisenerscheinungen auf ein bestimmtes Maß an Kooperation angewiesen sind. Niemand sollte es in den Kernbereichen gemeinsamen Interesses und gemeinsamer Verantwortung in Frage stellen.

**Präsident Kubel:** Um das Wort hat Herr Bundesfinanzminister Apel gebeten. Ihm folgt Herr Bürgermeister Koschnick, Bremen.

**Dr. Apel,** Bundesminister der Finanzen: Meine (C) sehr verehrten Damen und Herren! Wenn mich nicht alles täuscht, habe ich die eben von Herrn Stoltenberg gehaltene Rede bereits vorgestern gehört.

(Dr. Stoltenberg: Nein! — Dr. Kohl: Vielleicht haben Sie nicht zugehört!)

Aber das macht natürlich überhaupt nichts. Doppelt genäht hält besser, Herr Kollege Kohl. Nachdem Sie im Deutschen Bundestag die Bundesratsdebatte vorweggenommen haben, denn dort haben — was ich überhaupt nicht beanstande — als Spitzenredner der Opposition im wesentlichen Redner des Bundesrates gesprochen, kann ich Ihnen versichern, daß die Bundesregierung nicht die Absicht hat, nun die Debatte des Bundesrates damit zu bestreiten, daß hier im wesentlichen Vertreter der Bundesregierung reden. Wir haben im übrigen auch ein gewisses Interesse daran, daß die Arbeitszeit hochbezahlter und vielbeschäftigter Politiker sinnvoll eingesetzt wird und wir nicht alle Debatten mehrfach führen.

(Dr. Stoltenberg: Das ist ja wieder eine Glanzleistung! — Dr. Kohl: Stundenlohn an Stelle von Argumenten!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dennoch werden Sie sicherlich Verständnis dafür haben, daß auf einige der von Herrn Stoltenberg vorgebrachten Argumente hier eingegangen werden muß. Ich kann mich nur wundern, Herr Kollege Stoltenberg, daß Sie hier erneut so tun, als wüßten Sie nicht, daß die **Finanzen des Bundes** bis zum (D) Beginn der Weltrezession in Ordnung gewesen sind. Ich habe dem Deutschen Bundestag gestern vorgerechnet, daß Neuverschuldungen des Bundes und Rücklagen des Bundes sich von 1970 bis 1973 in etwa die Waage halten. Ganz anders wurde es dann mit dem Beginn der Weltrezession und dem daraus resultierenden massiven Steuerausfall, den ja auch Sie spüren, Herr Kollege Stoltenberg. Sie haben in Ihrem Landshaushalt ja auch noch gravierende Sparprobleme zu lösen. Sie haben bisher auch noch keinen Nachtragshaushalt für 1975 eingebracht, obwohl Sie sicherlich einige Sorgen haben, die ich verstehe und die wir mit Ihnen teilen. Nun tun wir doch nicht so, als hätten wir nicht gemeinsam Sorgen!

Das Problem beginnt, wie gesagt, mit der weltweiten Resession, und der **Nachtragshaushalt**, den wir Ihnen heute vorlegen, ist ein Ausdruck davon. Die Bundesregierung hat bei Aufstellung ihres Haushalts für das Jahr 1975 die Daten berücksichtigt, die man zu diesem Zeitpunkt füglich berücksichtigen konnte. Wir haben uns damals auf die Angaben der Bundesanstalt für Arbeit gestützt. Wir haben uns damals auf die Steuerschätzungen gestützt — und Steuerschätzungen werden ja, wie Sie wissen, nicht von der Bundesregierung allein, sondern von uns allen gemeinsam gemacht. Wenn wir Sie heute um die Zustimmung zu einem Nachtragshaushalt bitten, dann eben deswegen, weil sich die Situation von damals bis heute dramatisch verändert hat und wir

(A) eine antizyklische Politik betreiben wollen, in dem wir im Jahre 1975 bewußt Neuverschuldungen beim Bund hinnehmen, 1976 dann in der Tat durch Sparmaßnahmen eine Reduktion der Neuverschuldungen beim Bund einleiten, um dann 1977 durch massive Spar- und auch Steuererhöhungsbeschlüsse — dieses weiß jeder — die Nettokreditaufnahme auf ein erträgliches Maß zu reduzieren.

Da ich vom Präsidenten nicht zur Ordnung gerufen werden möchte, zur Tagesordnung zu sprechen, möchte ich nicht über den Finanzplan und das Artikelgesetz reden. Eines verwundert mich allerdings, Herr Kollege Stoltenberg. Vor zwei Tagen haben Sie noch erklärt, Sie würden zu gegebener Zeit hier im Bundesrat zum Artikelgesetz, zur Finanzplanung, zum Haushaltsentwurf des Bundes Stellung nehmen; zur Zeit seien Sie noch gar nicht in der Lage, über Einzelheiten zu sprechen. Anscheinend hat sich das bei Ihnen über Nacht geändert, denn heute haben Sie über Einzelheiten gesprochen. Ich will das nicht tun. Das steht nicht auf der Tagesordnung. Wie gesagt, ich möchte mich vom Präsidenten nicht ermahnen lassen, zur Tagesordnung zu reden.

Eines möchte ich hier allerdings doch in der gebotenen Kürze sagen. Ich habe Ihnen — Herr Kollege Friderichs hat es auch getan — gestern vorgebracht, daß die ökonomischen Annahmen, die unserer Wachstumsprojektion zur Berechnung der Steuereinnahmen in den nächsten Jahren zugrunde liegen, stimmen und daß die **öffentlichen Investitionen** beim Bund in der Tat von 41 Milliarden DM auf 44 Milliarden DM steigen. Das drückt sich nicht in den Haushaltsansätzen aus — das ist mir durchaus bewußt —, denn wir sind ja in einer merkwürdigen Situation: Darlehen an die Bundesanstalt für Arbeit rechnen wir zu den investiven Ausgaben; Kasernenneubau hingegen fällt unter Konsum. Ich will mich hier jetzt nicht in die Definition der öffentlichen Investitionen verstricken. Hier wird freilich klar, daß die volkswirtschaftliche Investition des Bundes aus dem Haushalt nicht ablesbar ist. Da muß man schon in die Details gehen.

Eine zweite Bemerkung in der gebotenen Kürze. In der Tat kommt der Bund — Herr Kollege Stoltenberg, dieses kann ja wohl nicht geleugnet werden — in eine unhaltbare Situation. Ich will mich jetzt nicht über die Konsequenzen der Steuerreform und die **Verteilung der Lasten der Steuerreform** verbreiten. Ich bin weiterhin der Meinung, daß der Bund zu kurz gekommen ist. Wir werden uns aber darüber zu unterhalten haben, wenn wir die Neuverteilung der Umsatzsteuer zwischen Bund und Ländern im Jahre 1977 zu verhandeln haben. Wir werden uns dann darüber zu unterhalten haben, wie die Finanzmasse des Gesamtstaates gerecht verteilt werden soll. Eines gebe ich Ihnen ohne weiteres zu: Auch unter Sozialdemokraten hört die Gemütlichkeit auf, wenn es um das Geld geht. Das habe ich natürlich gemerkt, wenn ich mit Landesfinanzministern geredet habe. Nur eines steht fest: Wenn wir uns in diesen Wochen mit einer zusätzlichen Milliardenforderung aus Brüssel konfrontiert sehen und wir große

Probleme haben, diese Milliarde so zu reduzieren, (C) daß sie in unser Haushaltswachstum hineinpaßt, und selbst nach der Reduktion um diese eine Milliarde Brüssel immer noch mehr als 100 Prozent mehr an Wachstum von uns verlangt, als wir im Bundeshaushalt an Wachstum vorsehen, so wird deutlich, daß wir als Bundesstaat hier in der Tat von einer vierten Ebene zu sprechen haben.

Herr Kollege Stoltenberg, Sie haben gesagt, die Aussage des Bundeskanzlers stimme nicht, 1975 sei ein Jahr, in dem Sorgen bezüglich der Finanzierung des Bundeshaushalts nicht existierten. Diese Aussage stimmt auch heute. Die **Finanzierung des Bundeshaushalts 1975** ist nicht unser Problem. Wir müssen noch netto gut 10 Milliarden DM aufnehmen. Zugegeben, dieses sind gewaltige Summen — aber es ist darstellbar. Wir alle — die Finanzminister der Länder, die Kämmerer der Kommunen, der Finanzminister des Bundes — werden 1976 nach beginnendem Aufschwung unserer Wirtschaft all unsere Virtuosität brauchen, um dann die hohe Nettokreditaufnahme aller öffentlichen Hände inflationsfrei und ohne den Aufschwung zu bremsen zu finanzieren. Dieses wissen wir. 1976 wird — das sagt auch der neue Bericht der Bundesbank — für die Finanzierung der Defizite kein einfaches Jahr sein. 1977 wird es dann, wenn es nach dem Willen der Bundesregierung geht, gutgehen, weil wir dann in der Tat massiv die Nettokreditaufnahme zurückführen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen. Herr Kollege Stoltenberg, Sie haben von den **Gemeinschaftsaufgaben** gesprochen. (D) Ich verweigere Ihnen eine Aussage zu den Bemerkungen, die heute nachmittag bei der Konferenz der Ministerpräsidenten auf der Tagesordnung stehen. Ich meine die gemeinsame Verabredung über **Forschungsförderung**. Dieses gehört nicht hierher. Wir können nicht jede Debatte in jedem Saal mehrfach führen. Außerdem, denke ich, gibt es immer noch eine gewisse Vertraulichkeit der Beratungen der Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler. Ich bedaure, daß Sie in dieser Weise hier vorher Debatten führen, bevor Sie heute nachmittag den Herrn Bundeskanzler treffen.

(Dr. Kohl: Das steht doch in der Zeitung, Herr Kollege Apell!)

— Ich bitte Sie! Was in den Zeitungen steht, kann dennoch nicht verantwortungsbewußte Politiker veranlassen, öffentlich zu polemisieren und zu debattieren, bevor sie ihre Gesprächspartner treffen.

(Dr. Kohl: Wer hat es denn in die Zeitung gebracht?)

Ich möchte eine Bemerkung zu den Gemeinschaftsaufgaben machen. Über den Wert der Gemeinschaftsaufgaben sind wir uns, glaube ich, alle im klaren. Die Gemeinschaftsaufgaben in ihrer ganzen Breite sind dazu da, dieses Bundesgebiet möglichst gleichmäßig und gleichwertig zu entwickeln. Die Erfolge sind ja auch unübersehbar. Gerade in den strukturschwachen Gebieten haben die Gemeinschaftsaufgaben gut gewirkt. Die Aktivität der Bun-

(A) desregierung ist mit den Aktivitäten der Landesregierungen im Einklang zu sehen. Herr Kollege Stoltenberg, hier rühmen wir uns wechselseitig. Dieses ist bei Politikern eben so. Es ist ja auch nichts dagegen einzuwenden; das gehört mit zum Geschäft. Die Gemeinschaftsaufgaben sind gut und haben gut funktioniert.

Nun bitte ich Sie, sich auch einmal in die Lage des Finanzministers und des Regierungschefs des Zentralstaates, der Bundesrepublik, in die Lage der Bundesregierung zu versetzen. Wir laufen in Finanzierungsprobleme hinein, die uns Schwierigkeiten bringen. Sie sagen, mehr könnten Sie uns nicht geben. Sie verlangen gleichzeitig von uns, daß wir die Nettokreditaufnahme reduzieren, daß wir sparen. Sie wollen uns Einnahmeverbesserungen verweigern, obwohl auch Ihre Finanzminister die Einnahmeverbesserungen gut gebrauchen könnten — und, Herr Kollege Koschnick, auch die Regierungschefs! Zugleich aber sagen Sie uns: Ihr müßt die Gemeinschaftsaufgaben in der bisherigen Größenordnung weiter finanzieren. — Dieses geht nicht! Wir müssen das gemeinsam besprechen. Kommen wir zu einer besseren Verteilung des Steueraufkommens, dann kann man sehr wohl über verschiedene Dinge reden.

In einem, Herr Kollege Stoltenberg, sollten Sie sich keinem Wunschdenken hingeben, nämlich, daß es innerhalb der sozialliberalen Koalition wachsende Spannungen gäbe. Ich habe, solange ich Finanzminister bin, stets ein ausgezeichnetes Verhältnis zu meinem Pendant, meinem Kollegen Friderichs, gehabt. Ich kann gerade in diesen Wochen feststellen, wie einheitlich wir im Willen und Wollen sind, unsere Kräfte einzusetzen, um die Schwierigkeiten für unser Land zu überwinden. Wichtig wäre es, Herr Kollege Stoltenberg, wenn Sie — die Herren des Bundesrates bestimmen ja die Aktionen im Bundestag — als die „Maitres de jeu“, als diejenigen, die das Spiel dort führen, zu einer einheitlichen Betrachtung kämen und uns endlich sagten, wie Sie denn die schwierigen Probleme, die vor uns liegen, lösen wollen.

**Präsident Kubel:** Meine Damen und Herren, eine kleine Zwischenbemerkung! Ich schlage vor, bei der Wortwahl darauf zu achten, daß sich hier nicht die Bundesländer mit der Bundesregierung unterhalten, sondern der **Bundesrat als Organ des Bundes** mit dem anderen Organ des Bundes, der Bundesregierung, spricht.

**Koschnick (Bremen):** Herr Präsident, Sie brauchen keine Sorgen zu haben; das Land Bremen hat immer gewußt, daß wir ein Teil des Bundesorgans sind.

**Präsident Kubel:** Es war eine allgemeine Bemerkung, Herr Kollege Koschnick.

**Koschnick (Bremen):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum vorliegenden Programm zur Stärkung von Bau- und anderen In-

vestitionen lassen Sie mich einleitend feststellen: (C) Dieses in Abstimmung von Bund und Ländern entwickelte Konjunkturprogramm findet unsere volle Unterstützung. Wir begrüßen dieses Programm als Teil einer wohlabgewogenen Gesamtkonzeption der Bundesregierung mit dem Ziel, kurzfristig zur Überwindung der Rezession beizutragen und — in zeitlicher Abstufung dazu — durch mittelfristig wirksame Maßnahmen die Struktur der öffentlichen Haushalte den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen.

In der Begründung der Vorlage zum Konjunkturprogramm weist die Bundesregierung darauf hin, daß die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1975 gekennzeichnet ist durch die Auswirkungen der unvorhergesehen langen und starken Rezession der Weltwirtschaft.

Als Vertreter eines Landes, das über die Häfen in seiner ökonomischen Entwicklung ganz unmittelbar mit dem Außenhandel der Bundesrepublik verknüpft ist, kann ich diese Einschätzung der Bundesregierung nur bestätigen. In einer Stadt wie Bremen, die seit Menschengedenken über die Schifffahrt mit dem Welthandel aufs engste verbunden ist, weiß man aber auch, welche Abhängigkeiten die — ansonsten so erstrebenswerte — internationale Arbeitsteilung mit sich bringt und wie begrenzt die Möglichkeiten sind, durch nationale Maßnahmen unliebsamen weltwirtschaftlichen Entwicklungen entgegenzuwirken.

Die Revision aller Konjunkturprognosen im Verlaufe dieses Jahres wurde nach unserer ersten Überzeugung in erster Linie deshalb nötig, weil sich die **Auslandsnachfrage** völlig anders entwickelte, als noch in den ersten Monaten des Jahres von amtlichen wie nichtamtlichen Stellen des Inlands und des Auslands angenommen wurde und, wie ich meine, angenommen werden mußte. Welch drastische Änderung sich hier vollzog, wird zum Beispiel dadurch verdeutlicht, daß sich die Schätzungen des in diesem Jahr zu erwartenden Exportüberschusses in kurzer Zeit halbierten.

Keiner soll behaupten, er habe das schon vorher gewußt. Wenn selbst das Institut der Deutschen Wirtschaft seine Schätzungen bezüglich der Exportentwicklung in dem Drei-Monate-Zeitraum von April bis Juli dieses Jahres in gleicher Weise hat halbieren müssen, so macht das deutlich, daß der gegenüber der Bundesregierung erhobene Vorwurf, man habe im April wahlkampfbezogenen Zweckoptimismus betrieben, jeder Grundlage entbehrt.

Wie auch die Sachverständigen in ihrem Sondergutachten festgestellt haben, stand die Bundesrepublik zu Beginn dieses Jahres vor einem neuen Aufschwung, der durch die Verschärfung der Weltrezession durchkreuzt wurde.

Ich berufe mich hier auf eine Erklärung des französischen Staatspräsidenten vom 4. September 1975, wo er sagt: „Wir erleben zur Zeit die größte Erschütterung, die die Weltwirtschaft in Friedenszeiten seit 45 Jahren durchgemacht hat. Diese Er-

- (A) schütterung verschont kein Land unserer europäischen Gemeinschaft, welcher Coleur seine politischen Führer auch sein mögen.“ Und er fährt fort — unter Bezug auf Frankreich —: „Diese unsere Erfolge haben es uns gestattet, uns der kleinen Gruppe der klugen Länder anzuschließen, wie es die Festigkeit unserer nationalen Währung zeigt; denn sie hat inzwischen die Deutsche Mark eingeholt.“

Ein größeres Kompliment, als den Deutschen hier aus dem Munde eines ausländischen Staatsoberhauptes ausgesprochen worden ist, konnte nach meiner Meinung nicht gemacht werden. Aber auch in der aktuellen Situation sind Frankreich und Deutschland gleiche Wege gegangen. Einige, die im Augenblick gewohnt sind, in tief bayerischen Farben zu malen, in Schwarz und Schwarz, sehen das vielleicht nicht.

Die erheblichen konjunkturstützenden Maßnahmen des Bundes, der Länder und der Gemeinden — die sich jetzt auf einen Gesamtbetrag von über 30 Milliarden DM addieren — konnten zwar einen Teil der negativen Auswirkungen der Weltrezession auf die deutsche Volkswirtschaft abfangen und ein noch weiteres „Durchsacken“ verhindern; es war jedoch nicht möglich, die Exportausfälle auf diesem Wege völlig zu überspielen. Die weitere konjunkturelle Entwicklung wird deshalb sehr wesentlich vom Verhalten der ausländischen Besteller abhängig sein; bezüglich einer Prognose ist jedenfalls nach bremischer Meinung weiterhin äußerste Vorsicht geboten.

- (B) Ich glaube jedoch, daß das von der Bundesregierung eingeleitete Bemühen, über eine **international abgestimmte Aktion zur Wiederbelebung der Weltkonjunktur** zu kommen, ein erfolgversprechender Weg ist, der dauerhaft aus der Talsohle herausführen kann. Die Initiative der Bundesregierung hat die Bereitschaft zu neuen konjunkturstützenden Maßnahmen im internationalen Maßstab gefördert und wesentlich dazu beigetragen, daß die Konjunkturaussichten der westlichen Industrieländer seit neuem wesentlich weniger pessimistisch beurteilt werden als noch vor einigen Monaten.

Ich lege Gewicht auf die Feststellung, daß eine solche wirksame Einflußnahme der Bundesregierung auf die internationale Wirtschaftspolitik nur möglich war und möglich ist vor dem Hintergrund der realistisch auf Entspannung ausgerichteten **Außenpolitik der sozial-liberalen Koalition**, die erst die Grundlage für die international außerordentlich beachtete Rolle der Bundesrepublik schuf. Lassen Sie mich gleichzeitig deutlich herausstellen, daß mit dieser Politik der Bundesregierung auch die Voraussetzungen geschaffen wurden für die beeindruckende Entwicklung der **wirtschaftlichen Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten**. Die Exporte in diese Länder erweisen sich heute als Beitrag zur Stabilisierung unseres Außenhandels. Aus diesem Grunde begrüße ich es ausdrücklich, daß im Nachtragshaushalt des Bundes die Möglichkeit geschaffen wird, die **vereinbarten Kredite an Polen** zu gewähren.

Abgestimmt mit ihren internationalen Aktivitäten (C) zur Belebung des Außenhandels legt nun die Bundesregierung ein weiteres **Programm zur Ankurbelung der Binnenkonjunktur** vor. Sicher ist es nicht möglich, mit einem solchen Programm die ausgefallene Auslandsnachfrage voll zu ersetzen. Wir wollen ja auch nicht Gefahr laufen, daß es zu Änderungen in der Produktionsstruktur unseres Landes kommt, die sich nach Erholung der Auslands- und Inlandsnachfrage, insbesondere der Investitionsnachfrage, als Fehlanpassungen erweisen können. Sehr wohl möglich und notwendig ist es aber, mit dem vorgesehenen 5,75-Milliarden-DM-Programm, das Aufträge in einer Größenordnung von mehr als 10 Milliarden DM in Bewegung setzt, die Auftragslage der Bauwirtschaft zu bessern und so den Übergang in einen im nächsten Jahr erhofften Konjunkturaufschwung zu erleichtern.

Die Ausgestaltung des jetzt zur Beschlußfassung vorliegenden Konjunkturprogramms steht im Einklang mit den diesbezüglichen Vorschlägen des Sachverständigenrates. Das gilt nicht nur für die Kriterien, nach denen die zu fördernden Projekte ausgewählt werden; das gilt ebenso bezüglich der Terminierung dieses Programms.

Wir halten es deshalb für Effekthascherei, wenn heute von seiten der CDU/CSU bekundet wird, das Konjunkturprogramm komme zu spät, es hätte bereits vor einigen Monaten in Gang gesetzt werden müssen. Wie aus dem Protokoll der Wirtschaftsministerkonferenz vom 19. Juni 1975 zu entnehmen ist, waren sich vor drei Monaten noch alle Minister — auch die der CDU/CSU-regierten Länder — einig, (D) daß — ich zitiere: „erst nach einer gewissen Beobachtungsphase und nach Vorliegen von aussagekräftigem Material ... zu entscheiden sei, ob neue Maßnahmen zu ergreifen seien.“ Dies zur damaligen Position der CDU/CSU-Fachminister bezüglich der Zeitvorstellungen für ein eventuelles zusätzliches Konjunkturprogramm.

Heute ist entscheidend, daß das beschlossene Programm so schnell, so unbürokratisch wie möglich in Aufträge umgesetzt wird, um die erstrebte Beschäftigungswirkung noch im Laufe des kommenden Winters zu erzielen. Deshalb auch der **Appell der Gemeinden an die Länder**, für eine zügige Abwicklung Sorge zu tragen und diese nicht durch Bürokratisierung und Instanzenwege zu erschweren oder zu verlangsamen.

Ein zweiter Punkt, der für den Erfolg der Bemühungen zur Verbesserung der Konjunkturlage entscheidend ist: Das Programm darf nicht durch einen prozyklischen Vollzug der Kernhaushalte der öffentlichen Hand unterlaufen werden. Die Ausgestaltung des — heute ebenfalls zur Beratung vorliegenden — **Nachtragshaushaltes des Bundes** als einen Plan, dessen Deckung allein durch Erhöhung der Nettokreditaufnahme erfolgt, entspricht den konjunkturpolitischen Notwendigkeiten des Jahres 1975. Auch bei der Vorbereitung der Nachtragshaushalte der Länder ist unseres Erachtens sicherzustellen, daß die Kernhaushalte — insbesondere im investiven Bereich — ohne Kürzungen durchgeführt werden können.

(A) Ich verkenne hierbei nicht die Schwierigkeiten, die sich im Schuldendienstbereich aus der zusätzlichen **Kreditaufnahme** ergeben werden. Angesichts der gegenwärtigen konjunkturellen Lage ist jedoch eine konsequente antizyklische Finanzpolitik nur mit einer Deckung der Mindereinnahmen bzw. Mehrausgaben über die Kreditaufnahme denkbar.

Wenn sich heute die CDU/CSU einerseits für konjunkturbelebende Maßnahmen ausspricht, andererseits aber mit ihrer pauschalen Kritik am Kreditvolumen der öffentlichen Haushalte die Bereitschaft vermissen läßt, die „Kehrseite der Medaille“ ebenfalls zu akzeptieren, halte ich dies für ein, nennen wir es: doppelzüngiges Taktieren. Ganz besonders erschreckend würde diese Taktik aber für mich dann, wenn sich selbst in der Regierungsverantwortung stehende Kollegen aus dem Lager der CDU/CSU nicht scheuen würden, sich an diesen, wie ich meine, auf Täuschung der Öffentlichkeit gerichteten Kampagnen zu beteiligen.

Wir jedenfalls sind gewillt, über eine konsequent antizyklische Finanzpolitik zur Sicherung der Arbeitsplätze in unserem Lande beizutragen. Wir sind deshalb auch bereit, die derzeit wünschenswerte Ausgabetätigkeit der öffentlichen Hand im erforderlichen Umfang durch zusätzliche Kredite abzudecken.

(B) Angesichts der anhaltend hohen Ersparnisbildung besteht bei marktgerechtem Verhalten aller öffentlichen Haushalte auch kein Grund zu der Befürchtung, daß es im weiteren Verlauf des Jahres 1975 zu konjunkturpolitisch unerwünschten Kollisionen mit den Ansprüchen der privaten Wirtschaft an das Kreditpotential kommt. Wir sind gewillt, den finanzwirtschaftlich gebotenen Ausgleich dann herbeizuführen, wenn die konjunkturelle Situation dies erlaubt. Wenn im Aufschwung Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe mehr Kredite brauchen, als das heute der Fall ist, dann werden wir als öffentliche Hand uns zurückhalten. Deshalb wollen wir den **öffentlichen Kreditbedarf** in den nächsten Jahren auf ein mittelfristig vertretbares Maß herabsetzen. Das ist, so meine ich, auch das Ziel der auf der Bundesebene eingeleiteten Maßnahmen zur Verbesserung der Haushaltsstruktur.

Wir halten diesen Weg, den die Bundesregierung beschreitet, für richtig: Auch unseres Erachtens muß der erforderliche Ausgleich gleichgewichtig über Ausgabeverminderungen und Einnahmeverbesserungen durchgeführt werden. Ausgabekürzungen sind notwendige Konsequenz einer Anpassung der öffentlichen Haushalte an die veränderten Rahmenbedingungen. Die Bundesregierung hat sich, wie ich meine, die erforderlichen Entscheidungen nicht leicht gemacht; sie hat sich bemüht, die Lasten gleichmäßig auf alle Schultern zu verteilen. Die vorgesehenen Steuererhöhungen schaffen dabei die Voraussetzung, die tragenden Elemente des Systems unserer sozialen Sicherheit unangetastet zu lassen.

Es geht also nicht um eine Absage an Reformpolitik; es geht darum, auch unter gewandelten Ver-

hältnissen und Bedingungen die Voraussetzungen (C) für die notwendige Modernisierung unserer Gesellschaft zu erhalten und wo erforderlich zu schaffen. Die Bundesregierung hat mit ihren Entscheidungen zur Finanz- und Haushaltspolitik die Konsequenzen aus der Weltrezession und dem daraus sich ergebenden geringeren Wirtschaftswachstum gezogen. Die Bundesregierung hat ihr Programm kurzfristiger Maßnahmen zur Überwindung der Rezession in eine **Gesamtkonzeption zur mittelfristigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte** eingepaßt.

Wenn nun heute die CDU/CSU und die von diesen Parteien regierten Länder so tun, als sei dies nicht geschehen, so kann das nur als ein Versuch gewertet werden, sich einer verantwortlichen Stellungnahme zu entziehen; als Versuch, bei der unverantwortlichen Taktik zu bleiben, gleichbleibende Ausgaben bei den Gemeinschaftsaufgaben zu fordern und gleichzeitig weniger Einnahmen vorzusehen; Einnahmeverbesserungen zu verweigern, ohne konkrete Aussagen zur Ausgabenseite zu machen. Das halte ich — verzeihen Sie, meine Herren — nicht für korrekt. Beispielhaft für widersprüchliches Argumentieren der CDU/CSU sei der Bereich der Steuern angesprochen.

Die **Investitionszulagen** im Rahmen des letzten Konjunkturprogramms werden von der CDU/CSU als Subventionen an die Unternehmer kritisiert, die zudem konjunkturpolitisch unwirksam seien.

Ungeachtet dessen werden heute zur Belebung der Konjunktur **gezielte Steuersenkungen für die Wirtschaft gefordert**, und zwar obwohl zwischenzeitlich vom Sachverständigenrat festgestellt wurde, daß die Liquidität der Wirtschaft derzeit groß ist und die Investitionsbereitschaft nicht durch fehlende Finanzierungsmittel beeinträchtigt wird, sondern durch den zu niedrigen Auslastungsgrad der vorhandenen Kapazitäten. Entscheidend sind hier also die unzureichenden Absatzmöglichkeiten beziehungsweise die entsprechenden Markterwartungen der Unternehmen. (D)

Mittelfristig würden die für die Wirtschaft geforderten Steuersenkungen zu Einnahmeausfällen in Milliardenhöhe führen und die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte in Bund, Ländern und Gemeinden erheblich verschärfen. Ohne konkret zu sagen, wie sie den erforderlichen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herbeiführen will, lehnt die CDU/CSU dennoch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ab 1977 ab. Sie scheut sich dabei nicht, zur Begründung dieser Ablehnung auch soziale Aspekte vorzugeben, während sie selbst doch bei ihren Schubladenpapieren, bei ihren Studien zur Ausgabekürzung gerade die sozialen Leistungen der Gesellschaft am ehesten abbauen will. Wer in diesen Studienpapieren von Rentenkürzung spricht, von Arbeitslosengeldverschlechterung, von Minderungen bei der Krankenversicherung und bei den Urlaubsregelungen, der darf, so meine ich, nicht sein Nein zur Mehrwertsteuererhöhung mit einem sozialen Aspekt in Verbindung bringen, so wie geschehen. Ich bin gern bereit, mit jedem hier im Hause jeden Vorschlag zu diskutieren, der darauf

(A) abzielt, die Erhöhung der Mehrwertsteuer so auszugestalten, daß sie den Einkommensschwächeren weniger hart trifft. Ich bin aber nicht bereit, „soziale Aspekte“ als ehrlichen Ablehnungsgrund der CDU/CSU zu akzeptieren, solange ich begründet befürchten muß, daß es diesen Parteien in Wirklichkeit darum geht, die weltwirtschaftliche Rezession als Vehikel zur politischen Restauration in unserem Lande zu mißbrauchen.

Es sollte im eigenen Interesse der CDU/CSU liegen, ihrerseits ihm Rahmen einer Gesamtkonzeption Alternativen zu entwickeln und so unverzüglich klarzustellen, welche Ziele sie nun tatsächlich verfolgt. Es müßte aber am Bundesrat liegen, und zwar an allen seinen Mitgliedern, hier deutlichzumachen, welchen Weg die einzelnen Länder als Teil des Bundes mit ihren Vorschlägen zur Änderung der Einnahmen und Ausgaben gehen wollen. Es genügt nicht, draußen zu jammern. Hier müssen Sie Farbe bekennen; und ich bitte Sie herzlich: antworten Sie aufrichtig!

**Präsident Kubel:** Ich habe noch drei Wortmeldungen. Ich gebe zunächst Herrn Ministerpräsidenten Osswald, Hessen, das Wort. Ihm folgt Herr Ministerpräsident Stoltenberg, Schleswig-Holstein. Danach will Frau Minister Griesinger ein Detailproblem behandeln.

(B) **Osswald (Hessen):** Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich möchte im wesentlichen auf die von dem Kollegen Stoltenberg angeschnittenen Fragen eingehen.

Es ist sicher richtig, daß es Prognosen und Einschätzungen aus der Sicht der Bundesregierung und einzelner Bundesminister gab, die das, was sich dann ergeben hat, nicht zutreffend darstellten. Aber, Herr Kollege Stoltenberg, Sie selbst können sich davon nicht freizeichnen; das wissen Sie selber alizu genau. Zu einem Zeitpunkt, als Sie 1973/74 noch den Standpunkt vertraten, keine zusätzlichen Konjunkturprogramme zur Ankurbelung in Gang zu setzen, als Sie noch die Auffassung vertraten, der Preisstabilität Vorrang vor dem zu geben, was die Konjunkturpolitik erfordert, waren schon Entscheidungen notwendig auf Grund internationaler Einflüsse, die dann zu dem geführt haben, was damals zu dem Zeitpunkt, als die Bundesregierung ihre ersten Entscheidungen traf, von niemandem zu erkennen war. Von dieser Situation kann sich niemand freizeichnen. Die CDU kann sich auch nicht dadurch freizeichnen, daß sie nunmehr sagt: All dies, was an Vorgaben oder zusätzlichen Leistungsgesetzen in den zurückliegenden Jahren in Gang gesetzt wurde, sei von der Bundesregierung veranlaßt. Ich wundere mich direkt, wie bescheiden Sie mit Ihrer Mehrheit im Bundesrat geworden sind, mit der Sie noch bei der **Steuerreform**, die einen Ausfall von 16 Milliarden DM gebracht hat — was letzten Endes bei der finanziellen Situation mitwirkt, in der wir uns befinden —, zusätzlich weitere Vergünstigungen über diese Summe hinaus in diesem Hause lautstark vertreten haben. Davon können Sie sich doch heute,

wenn über die Probleme der Finanzkrise diskutiert (C) wird, nicht freizeichnen, und Sie können nicht so tun, als hätten Sie in der Sicht der damaligen Einschätzung eine ganz andere Perspektive gehabt.

Dies gilt auch für **Sozialleistungen**. Noch auf Ihrem Mannheimer Parteitag haben Sie deutlich gemacht, wie die Fragen einer neuen sozialen Politik — Sie sagten „neue soziale Frage“ — geregelt werden sollen. Sie taten dies mit dem deutlichen Akzent, in diesem Bereich über das hinaus, was Sie mit Ihrer Mehrheit im Bundesrat in der Vergangenheit durchgesetzt haben, noch weitere Schwerpunkte im Sinne des Nachholens zu setzen, was allerdings, als Sie nunmehr in Ihrem eigenen Bereich die Analysen und Betrachtungen darüber vorliegen hatten, daß man wohl, wenn man gegen Steuererhöhungen spricht, andere Dinge dafür streichen müßte, zu einem Erwachen geführt hat, das Sie zunächst einmal für sich kritisch analysieren müssen.

Ich stelle fest, daß die Einschätzungen, die die CDU im konjunkturellen, im finanzwirtschaftlichen Ablauf durch ihre Entscheidungen im Bundesrat mitgetragen und die sie zum Teil noch über die Forderung der Bundesregierung hinaus, wie ich dies bei der Steuerreform deutlich machte, aufgestockt hat, auch mit ihr Teil sind. Wenn dies so ist, dann sollten wir in der gegenwärtigen Situation zumindest bereit sein, einschließlich der Mehrheit der Opposition in diesem Hause anzuerkennen, daß nicht die Bundesregierung allein, sondern auch die verantwortlichen Politiker in den Ländern über den Bundesrat aus der Sicht der CDU bei dem, was eingetreten ist, ihren Teil mittragen. Sie haben in den zurückliegenden (D) ein bis zwei Jahren so getan oder zu erkennen gegeben, als ob Sie **Patentrezepte** für die Lösung der jeweiligen konjunkturellen und wirtschaftspolitischen Probleme hätten; sie sind nie dargelegt worden. Es ist immer nur der Eindruck erweckt worden, als ob solches möglich sei. Bei all diesen Einschätzungen — den Vorwurf müssen Sie sich gefallen lassen, wenn Sie ihn der Bundesregierung machen — haben Sie so wenig wie andere das miterkannt, was durch die Weltkonjunktur an neuen Daten, Entwicklungen und Berechnungen sich für alle ergeben hat.

Der Bundesfinanzminister hat vorhin hier angedeutet, welche Gespräche wir im Hinblick auf die steuerpolitischen Fragen — **Neuverteilung der Mehrwertsteuer ab 1977** — zu führen haben werden. Dort wird sich die Grundfrage stellen, wenn Sie heute Einnahmeverbesserungen ablehnen, wie Sie dies bei der Mehrwertsteuer tun, durch welche Streichungen in Ihren Landeshaushalten Sie das in Ordnung bringen, was uns finanzwirtschaftlich aufgegeben ist. Diese Preisfrage wird Ihnen nicht abgenommen, sie wird uns in den sozialdemokratisch regierten Ländern und sie wird der Bundesregierung nicht abgenommen. Ich hoffe nur, daß sich daraus nicht ein Dauerdialog im Sinne einer Konfrontation in Richtung auf die Bundestagswahl ergibt, wie es mir in der gegenwärtigen Situation den Anschein hat, sondern daß wirklich die von Ihnen so oft betonte Kooperation dabei Leitmotiv für unser gemeinsames Handeln ist.

(A) **Präsident Kubel:** Ich erteile das Wort Herrn Ministerpräsidenten Stoltenberg.

**Dr. Stoltenberg** (Schleswig-Holstein): Herr Präsident, meine Damen und Herren, mich haben im Grunde nur die Schlußbemerkungen des Kollegen Koschnick veranlaßt, noch einmal die Debatte zu verlängern. Die Rede des Herrn Kollegen Koschnick zerfiel in zwei Teile. Zunächst einmal war es ein schönes Bild des strahlenden wirtschaftlichen Optimismus, in einer Situation, bei der ich mich frage, ob das den persönlicheren oder privateren Überlegungen vieler sozialdemokratischer und freidemokratischer Kollegen in Regierungsverantwortung in Bund oder Ländern voll entspricht. Aber immerhin, es war herzerfrischend zu hören, mit welchem Optimismus hier die Maßnahme der Bundesregierung, die Lage in der Bundesrepublik und die Zukunftsaussichten betrachtet wurden, über Bremen und den Bremer Wahltag, Herr Koschnick, wahrscheinlich hinaus.

(Koschnick: Ja!)

Wenn die Bremer Kaufleute Ihnen so vertrauen, wie Sie das vermuten, dann müßten eigentlich die Aktienkurse nach diesem ersten Teil an der Bremer Börse um einige Punkte steigen. Ich bin nicht ganz sicher, ob sie das tun.

(Heiterkeit)

Wir werden es sehen.

(B) Der zweite Teil war, wie ich glaube, ein bißchen bedenklicher. Ich weiß nicht — ich kann mich an Ihre früheren Reden erinnern, Herr Kollege Koschnick —, ob das eine Besonderheit der Bremer Termine dieser Wochen ist, daß Sie hier plötzlich von „plumpen Täuschungsmanövern“ der CDU/CSU innerhalb und außerhalb dieses Hauses sprechen und was so dergleichen ungewöhnliche Vokabeln aus Ihrem Munde mehr waren. Das führt nicht weiter. Das hilft auch nicht sehr bei der Meinungsbildung im eigenen Bundesland. Sie wissen genau, daß Sie damit unsere wirklichen Auffassungen, Sorgen und Vorstellungen nicht treffen. Ich halte es auch für ganz schlecht — nehmen Sie mir die Bemerkung nicht übel —, daß Sie hier noch einmal den Eindruck erwecken wollten, wir hätten die Demontage der Renten vor oder ähnliche schlimme Dinge. Dazu ist das Notwendige im Deutschen Bundestag in der Öffentlichkeit gesagt worden. Es gibt überhaupt keine einzige verantwortliche Stellungnahme eines politischen Repräsentanten der Union von Gewicht, die solche Unterstellungen gerade im Rahmen dieser Debatte rechtfertigen würde.

Aber seien Sie ein bißchen vorsichtig mit der Behauptung, das **Netz sozialer Sicherung** — das hören wir auch gelegentlich von Herrn Kollegen Apel und anderen — werde hier voll bewahrt. Die Analyse Ihrer Sparbeschlüsse zeigt, daß das nicht zutrifft. Zu den **Sparbeschlüssen der Bundesregierung** gehört auch die Entscheidung, für Millionen Bezieher von Wohngeld aus unteren Einkommensgruppen die gesetzlich vorgesehene Erhöhung auszusetzen. Das bedeutet bei der Kostenentwicklung im nächsten

Jahr real eine Verschlechterung von etwa 6 Prozent. (C) Das sind nicht die Wohlhabenden, die Reichen und die Besitzenden. Damit will ich nicht Herrn Osswald in der Sprache von Hessen-Süd zitieren — er setzt sich da etwas ab, das erkenne ich an —,

(Heiterkeit)

sondern ihn auf seine politische Umwelt ansprechen. Das sind nicht die Privilegierten. Sie wissen genau, um wen es sich handelt. Natürlich gehören auch diejenigen nicht zu den Reichen und Privilegierten, die Ausbildungsförderung erhalten und bei denen ein erheblicher Einschnitt vorgesehen wird. Sie sollten, Herr Finanzminister — das darf ich Ihnen und auch Herrn Koschnick nach seiner Bilderbuchrede empfehlen —, wenn das in einer solchen kritischen Lage notwendig ist — und es kann sein, daß es notwendig ist —, auch offen sagen, daß dieses Programm **erhebliche soziale Härten für schwächere Bevölkerungsgruppen** mit sich bringt.

(Zuruf von Ministerpräsident Osswald)

— Nein, ich spreche nur von ihrer Präsentation, und Herr Koschnick bot dazu wirklich einige Anregungen, das hier noch einmal deutlich zu machen. Ich hätte mir sonst die Fortsetzung des Dialogs zwischen uns auch an einer anderen Stelle vorgestellt.

Bevor man anderen Leuten etwas unterstellt, was nicht beabsichtigt ist, sollte man das ganz offen sagen, daß man selber mit den vorliegenden Beschlüssen sozialschwache Gruppen unserer Bevölkerung in ihrem geltenden Rechtszustand, der einmal von Ihnen mit unserer Zustimmung in diesen Punkten aus guten Gründen verbessert wurde, jetzt wieder einschränkt. Die Nichterhöhung des Wohngelds für Millionen Sozialschwacher, eine reale Verschlechterung im nächsten Jahr, können Sie auch nicht mit der Vokabel „Wildwuchs“ und ähnlichen anderen Sprachformeln, die immer zum geeigneten Zeitpunkt kommen und ständig wiederholt werden — eine sehr beachtliche Methode —, beschreiben. Das ist nur ein Beitrag zum Thema Täuschung und Ehrlichkeit, Herr Kollege Koschnick, weil Sie das hier zu uns in einer bestimmten Wendung gebracht haben. (D)

Nun eine zweite Bemerkung, Herr Kollege Osswald. Wir wollen jetzt nicht die Debatte über die Steuerreform aus dem vergangenen Jahr fortsetzen. Es sind erhebliche Unterschiede, in welchem Umfang Steuerpflichtige entlastet werden — das war das Thema damals — und in welchem Umfang wir eine ständige Erhöhung des Staatsanteils durch massive Ausgabenprogramme für richtig halten. Wenn man unseren Vorschlägen im Vermittlungsverfahren gefolgt wäre, dann stünden wir, glaube ich, heute etwas besser da.

(Widerspruch des Ministerpräsidenten Osswald)

— Nein, Herr Kollege Osswald, Sie waren leider nicht zugegen. Lassen Sie sich mal von den anwesenden Finanzministern Ihrer Seite unterrichten, was damals im Vermittlungsausschuß beschlossen worden ist. Das war nicht das Problem. Unser ursprünglicher Vorschlag im Vermittlungsverfahren

(A) hätte, wie ich glaube, zu einem besseren Ergebnis geführt als es nachher erreichbar war.

Aber zu Ihren kritischen Anmerkungen — Herr Kollege Koschnick hat sich mit großem Mut als ein Mann, der im Wahlkampf steht, zum Promoter der Mehrwertsteuererhöhung gemacht; das muß man auch wieder anerkennen — an unsere Adresse, was die Länderfinanzen anbetrifft, gehört ein anderes. Wir alle wissen — auch die Verantwortlichen der Bundesregierung wissen es sehr genau —, welchen relativen Wert — das ist eine vorsichtige Umschreibung — **Finanzplanungen** in einer solchen Zeit der **ökonomischen Risiken** und Ungewißheiten haben; Finanzplanungen, insbesondere in der Betrachtung der Bundesregierung, die ja fast alles im Bösen und dann auch wohl konsequenterweise im Guten auf die Weltrezession oder Weltbewegung zurückführt, jedenfalls im sozialdemokratischen Teil. Herr Friderichs hat sich gestern davon ein bißchen unterschieden. Aber wenn ich die Regierungserklärung von Herrn Schmidt zugrunde lege, wird fast alles auf die Weltrezession zurückgeführt, zunächst im Bösen. Aber dann auch im Guten; denn wenn der Aufschwung kommt, muß ja auch die Weltbewegung verantwortlich sein. — Dann wird es wahrscheinlich wieder jemand anderes sein, im eigenen Lande angesiedelt! — Aber das wäre an sich die Logik der jetzigen Einlassungen. Aber lassen wir diese Randbemerkungen. Ich will das nicht weiter fortsetzen.

(B) Wir alle wissen, unter welchen enormen Risiken ökonomischer Art eine Finanzplanung steht; denn die Steuerschätzung, die wir, Bund und Länder gemeinsam, durch unsere sachverständigen Mitarbeiter durchführen, beruht auf ökonomischen Annahmen, die von der Bundesregierung kommen müssen, nicht von den Bundesländern. Die Frage, ob und inwieweit wir das bei den Schätzungen der Bundesregierung zugrunde gelegte reale Wachstum von 5 Prozent im nächsten Jahr und dann in den Folgejahren erreichen können, ist kein theoretisches Problem, sondern berührt unsere Haushalte, unseren Handlungsspielraum und damit sozusagen unsere politischen Lebensbedingungen der künftigen Jahre.

Sie können, Herr Kollege Koschnick, sehr schnell erleben, daß durch eine falsche Steuerpolitik, auch durch schlechte und unklare gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen oder durch Zweifel in die Ordnungspolitik unseres Landes gegenüber dieser Annahme ein Wachstumsverlust von mehreren Prozent entsteht, der in den finanziellen Auswirkungen sehr wohl das Ausmaß einer Mehrwertsteuererhöhung von 1977 erreichen kann. Die Verbindung der Überlegungen für stärkeres wirtschaftliches Wachstum mit der Abschätzung fiskalischer und steuerpolitischer Elemente habe ich, offen gesagt, in Ihrer Rede vermißt. Und das ist der andere Ausgangspunkt, auch im gesellschaftspolitischen Bereich.

Es war ja nicht ein Politiker der CDU/CSU, sondern der Vizekanzler dieser Bundesregierung, der im Frühjahr die Parole ausgab: Ruhe an der Experimentier- und Ideologiefrent. Das hat mich ein bißchen an Konrad Adenauers Slogan von 1953 er-

innert: Keine Experimentel, der uns fünfzehn Jahre lang von allen fortschrittlichen Kräften der SPD und FDP als Zeichen einer reaktionären Gesinnung vorgehalten wurde. 15 Jahre lang haben wir das gehört. Jetzt kommt der Vizekanzler dieser fortschrittlichen Koalition und sagt dasselbe mit einer etwas umständlicheren Wendung: Ruhe an der Experimentier- und Ideologiefrent. — Wer ist denn damit gemeint, meine Damen und Herren? — Doch nicht wir, sondern ganz andere Leute. Herr Genscher hat das ein bißchen präzisiert in Richtung auf Hessen-Süd. Das ist natürlich nicht nur ein Problem von Hessen-Süd, sondern ein wesentlich umfassenderes Problem.

Diese Fragen nach Ihrem Beitrag, sehr geehrter Herr Koschnick, hier kurz anzusprechen und in die Debatte einzubeziehen, war mir ein Bedürfnis, und damit soll es aus meiner Sicht im Augenblick sein Bewenden haben.

**Präsident Kubel:** Ich möchte Ihre beherzigenswerte Anregung nicht untergehen lassen, Dialoge über gewisse Themata an anderen Stellen fortzusetzen.

An Wortmeldungen liegen mir vor die von Frau Minister Griesinger, Herrn Bürgermeister Koschnick und Herrn Senator Lüder, der seine beabsichtigte Erklärung allerdings zu Protokoll\*) geben möchte.

Sind Sie, Frau Kollegin Griesinger, damit einverstanden, daß wir zunächst Herrn Koschnick das Wort geben, weil sich das noch auf das Grundsätzliche bezieht? Sie wollten zu Punkt 4 sprechen. — Einverstanden? — Das ist der Fall. — Herr Koschnick!

**Koschnick (Bremen):** Herr Präsident, ich möchte mich den friedvollen Tönen von Herrn Stoltenberg anschließen. Ich habe mich zu Hause hingesezt und habe mir die Begründungen von Ihnen, Herr Kollege Stoltenberg, und des Kollegen Kohl aus der Debatte des Bundestages zu Herzen genommen. Da fand ich so treffliche Formulierungen, die Sie gewählt haben: wir sollten nicht die Sprache der Täuschung und der Irreführung wählen. Herr Kohl hat etwas Ähnliches gesagt. Ich habe gemeint: Wenn die das gesagt haben — das sind ja alte, erfahrene Hasen —, brauchst du solche Worte auch einmal. — Nicht mehr und nicht weniger. Vielleicht war es unangemessen im Bundesrat, im Bundestag war es gang und gäbe.

(Heiterkeit)

**Präsident Kubel:** Ich danke Ihnen für die Kürze der Bemerkung. — Frau Kollegin Griesinger!

**Griesinger (Baden-Württemberg):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu Punkt 4 der Tagesordnung — Programm zur Stärkung von Bau- und

\*) Anlage 1



(A) anderen Investitionen — möchte ich eine **Erklärung der Landesregierung von Baden-Württemberg** abgeben. Ich habe hierzu die herzliche Bitte, daß sie doch auf Bundesebene beherzigt werden möge.

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg bedauert, daß entgegen ihren dringenden Vorstellungen die Bundesregierung sich bisher nicht dazu bereit gefunden hat, im Rahmen des Konjunkturprogramms beim Sonderprogramm zur Förderung der kommunalen Infrastruktur eine **Förderung nach den landesüblichen Regelfördersätzen** zuzulassen und von ihrer Absicht Abstand zu nehmen, wesentlich höhere Mindestfördersätze vorzuschreiben.

Die Förderung nach den landesüblichen Regelsätzen hätte folgende Vorteile:

1. Der Konjunkturreffekt könnte wesentlich gesteigert werden, weil das Fördervolumen bei den niedrigeren Regelsätzen ungleich größer ist. Bekanntlich ist bei den beteiligten Ressorts ein erheblicher Antragsstau entstanden, der die sofortige Vergabe einer ausreichenden Zahl kommunaler Investitionen auch bei einer Regelförderung möglich machen würde.
2. Außerdem würde damit eine Ungleichbehandlung der Gemeinden bei der Förderung gleichartiger Projekte vermieden werden. Diese ungleiche Behandlung der Gemeinden wird bei der Bevölkerung um so weniger auf Verständnis stoßen, als sie bei rentierlichen und teilrentierlichen Investitionen zu einer Verzerrung der Gebührenlast für den Bürger führen wird.

(B) Die Bundesregierung wird deshalb gebeten, ihren Standpunkt zu überprüfen und den Ländern die Förderung nach den landesüblichen Regelsätzen zu ermöglichen.

**Präsident Kubel:** Das Wort hat Herr Bundeswirtschaftsminister Dr. Friderichs.

**Dr. Friderichs,** Bundesminister für Wirtschaft: Herr Präsident, verehrte Damen, meine Herren! Ich möchte auf die Grundsatzdiskussion, die während der vergangenen zwei Tage abgelaufen ist, nicht mehr eingehen. Dabei ist, glaube ich, alles Wesentliche gesagt worden. Ich möchte nur auf die Bemerkung von Frau Griesinger für das Land Baden-Württemberg eingehen.

Wir hatten ursprünglich einen sehr viel höheren **Fördersatz** vorgesehen und zwar von 80 % und im Zonenrandgebiet von 90 %. Es war nicht unsere Absicht, mehr Geld rauszuschmeißen, sondern uns war immer wieder bedeutet worden, daß die Finanzsituation der Gemeinden anderenfalls eine Mitfinanzierung ihres Anteils unmöglich mache. Wir wollten verhindern, daß wir ein Konjunktur-, ein Bauinvestitionsprogramm oder ein Infrastrukturprogramm auflegen, für das Bundesmittel — in Klammern: und Landesmittel — bereitgestellt werden, das aber nicht in Anspruch genommen werden kann, weil die Kommunen nicht in der Lage sind, die **Komplementärfinanzierung** zu erbringen. Insbesondere hatte ich

nach der Darstellung der Kommunen die Sorge — dies ist ein Strukturproblem, das den Wirtschaftsminister besonders interessiert —, daß dies ausgerechnet in den strukturschwächeren Regionen nicht möglich sei, weil dort im allgemeinen auch die finanzschwächeren Kommunen seien, so daß das Programm in erster Linie von den besser situierten Kommunen in Anspruch genommen werden könnte, zumeist also von denen, die ohnehin einen höheren Industriebesatz haben, und wir insofern eine strukturelle Wirkung bekämen, die wir nicht wollten.

Mit dieser Vorstellung bin ich in die Verhandlungen gegangen. Wir haben das nicht nur im Konjunkturrat besprochen, sondern auch in einer sehr persönlichen und kollegialen Form in der Länderwirtschaftsministerkonferenz. Hier habe ich völlig offen gesagt: Wenn ihr glaubt, daß die Regelsatzförderung genügt, um das ganze Programm in Gang zu setzen, ist mir das um so lieber; dann erreiche ich mit denselben öffentlichen Bundesmitteln einen viel höheren Multiplikatoreffekt. Der Wirtschaftsminister wäre also auf einen solchen Vorschlag sofort eingegangen. Aber die Vertreter der Gemeinden und Gemeindeorganisationen haben im Konjunkturrat einmütig gesagt: Dann können wir das Programm nicht mitfinanzieren. In der Wirtschaftsministerkonferenz und im Konjunkturrat kam dann aus der Diskussion der Vorschlag, wie ihn die Bundesregierung auch übernommen hat. Ich habe, wenn ich mich recht erinnere, diesen so erarbeiteten Kompromiß mit allem Für und Wider im Konjunkturrat vorgetragen und erklärt, daß ich für den Rückgang auf den Regelsatz völlig offen sei. Ohne einen einzigen Widerspruch hieß der Kompromiß dann 50 % (D) mit den Modalitäten, wie sie hier drinstehen.

Ich kann also nur sagen: Das, was dort zustande kam, war eine gemeinsame Willensbildung des zuständigen Ressortministers mit den Kollegen aus den Ländern. Dabei bestanden weiterhin unterschiedliche Meinungen. Einige Kollegen wären lieber bei 80 % geblieben, andere lagen darunter. Am Ende haben alle erklärt, den Kompromiß so annehmen zu wollen. Nur die Gemeindevertreter waren damit nicht einverstanden. Ich habe ihnen dann gesagt: Wenn ihr an eurer Forderung von 80 % für die Kommunen festhaltet, werdet ihr sehen, daß die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern nicht zustande kommt. Dies würde bedeuten, daß das Programm zeitlich nicht vernünftig ablaufen würde. Unter diesen Umständen haben die Kommunen dann ihre Bedenken zwar nicht zurückgezogen, aber anerkannt, die Verantwortung dafür nicht tragen zu können.

Ich bin daher heute ein bißchen überrascht, denn ich glaubte, dies sei ausgestanden, denn das hat der Bund nicht oktroyiert. Ich glaube, auch Baden-Württemberg hat inzwischen die Verwaltungsvereinbarung unterschrieben. Wenn Baden-Württemberg nicht unterschrieben hat, müssen wir das übrige Programm mit den anderen Bundesländern abwickeln und sehen, wie wir weiterkommen, notfalls die Mittel umverteilen.

(Heiterkeit)

(A) **Präsident Kubel:** Wird weiter das Wort gewünscht? — Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Aussprache.

Der Finanzausschuß empfiehlt zu **Punkt 2** dem Bundesrat, gegen den Gesetzentwurf gemäß Art. 110 Abs. 3 GG keine Einwendungen zu erheben. Außerdem liegt ein Antrag von fünf Ländern in Drucksache 520/1/75 vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer stimmt diesem Antrag zu? — Das ist die Mehrheit. Demgemäß hat der Bundesrat zu dem Gesetzentwurf gemäß Art. 110 Abs. 3 GG die soeben angenommene **Stellungnahme beschlossen**.

Zu **Punkt 3** empfehlen die Ausschüsse dem Bundesrat, der Verordnung gemäß Art. 80 Abs. 2 GG **zuzustimmen**. Wer will dieser Empfehlung folgen? — Das ist einstimmig; es ist so **beschlossen**.

Zu **Punkt 4** der Tagesordnung: Der gemeinsame Antrag von fünf Ländern in Drucksache 522/3/75 und der Antrag des Landes Hessen in Drucksache 522/2/75 sind zurückgezogen. Zur Abstimmung liegt vor die Empfehlung der Ausschüsse in Drucksache 522/1/75.

Wir stimmen ab über I Ziff. 1! — Mehrheit. Ziff. 2! — Mehrheit. Ziff. 3! — Minderheit; abgelehnt.

Danach hat der Bundesrat die soeben angenommene **Stellungnahme beschlossen**.

Abstimmung zu **Punkt 5** der Tagesordnung: Die Ausschüsse empfehlen dem Bundesrat, von dem Sondergutachten gemäß § 6 Abs. 2 des Sachverständigenratsgesetzes **Kenntnis zu nehmen**. Wer folgt dieser Empfehlung? — Das ist eindeutig die Mehrheit; es ist so **beschlossen**.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den **Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern** (Drucksache 547/75).

Gibt es dazu Wortmeldungen? — Das ist nicht der Fall.

Der Finanzausschuß empfiehlt, gegen den Gesetzentwurf gemäß Art. 76 Abs. 2 GG **keine Einwendungen zu erheben**. Wird dieser Empfehlung widersprochen? — Das ist nicht der Fall; dann hat der Bundesrat entsprechend **beschlossen**.

Ich rufe jetzt Punkt 1 der Tagesordnung auf:

a) **Wahl von drei Richtern am Bundesverfassungsgericht** (Drucksache 564/75)

b) **Wahl des Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts** (als solchen) (Drucksache 565/75).

Dazu gebe ich Ihnen zur Kenntnis, daß mich der Vorsitzende des Wahlmännerrats des Deutschen Bundestags, Herr Dr. Jaeger, soeben davon unter-

richtet hat, daß der Wahlmännerratsausschuß zu Richtern am Bundesverfassungsgericht gewählt hat: (C)

Dr. Dietrich Katzenstein  
in den Ersten Senat;

Dr. Engelbert Niebler  
in den Zweiten Senat;

Dr. Wolfgang Zeidler  
in den Zweiten Senat.

Ich rufe von dem zurückgestellten Punkt 1 zunächst Buchst. a auf:

#### **Wahl von drei Richtern am Bundesverfassungsgericht.**

Die Amtszeit von drei vom Bundesrat gewählten Bundesverfassungsrichtern ist bei zwei Bundesverfassungsrichtern am 10. August und am 31. August 1975 abgelaufen und wird bei einem Bundesverfassungsrichter am 17. Oktober 1975 zu Ende gehen. Der Bundesrat hat also drei Nachfolger zu Richtern am Bundesverfassungsgericht zu wählen. Die vom Bundesrat zur Vorbereitung der Wahl eingesetzte Kommission schlägt in der vorliegenden Drucksache 564/75 vor

Professor Dr. Konrad Hesse  
für Bundesverfassungsrichter Theodor Ritterspach  
in den Ersten Senat zu wählen,

Bundesverfassungsrichter Dr. Helmut Simon  
in den Ersten Senat wiederzuwählen, (D)

Professor Dr. Helmut Steinberger  
für Bundesverfassungsrichter Walter Seuffert  
in den Zweiten Senat zu wählen.

Nach § 7 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht ist für die Wahl eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates erforderlich. Das sind 28 Stimmen.

Ich kann wohl davon ausgehen, daß über den Vorschlag der Kommission in einem Wahlgang abgestimmt werden kann. Ich lasse die Länder einzeln aufrufen. Das Gewicht dieses Punktes macht, glaube ich, diese demonstrative Kundgebung des Bundesrates zweckmäßig. — Bitte sehr!

Die Abstimmung hat folgendes Ergebnis:

Baden-Württemberg	Ja
Bayern	Ja
Berlin	Ja
Bremen	Ja
Hamburg	Ja
Hessen	Ja
Niedersachsen	Ja
Nordrhein-Westfalen	Ja
Rheinland-Pfalz	Ja
Saarland	Ja
Schleswig-Holstein	Ja

(A) **Präsident Kubel:** Ich kann also feststellen: Dieser Vorschlag ist **mit allen Stimmen des Bundesrates angenommen** worden. Ich danke Ihnen!

Wir kommen nun zu Punkt 1 b) der Tagesordnung:

**Wahl des Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts.**

Nach § 9 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht wählen Bundestag und Bundesrat im Wechsel den Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts. Dieses Mal erfolgt die Wahl des Vizepräsidenten durch den Bundesrat. In Drucksache 565/75 wird — gemäß der Empfehlung unserer Kommission — vorgeschlagen, den von den Wahlmännern des Bundestages zum Richter am Bundesverfassungsgericht gewählten Präsidenten des Bundesverwaltungsgerichts, Dr. Wolfgang Zeidler, zum Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts zu wählen. Auch diese Wahl bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen des Bundesrates. Ich bitte, wiederum den Aufruf vorzunehmen.

Die Abstimmung hat folgendes Ergebnis:

Baden-Württemberg	Ja
Bayern	Ja
Berlin	Ja
Bremen	Ja
Hamburg	Ja
Hessen	Ja
Niedersachsen	Ja
Nordrhein-Westfalen	Ja
Rheinland-Pfalz	Ja
Saarland	Ja
Schleswig-Holstein	Ja

(C)

Damit ist der Vizepräsident, Dr. Wolfgang Zeidler, **mit allen Stimmen des Bundesrates gewählt** worden.

Die Tagesordnung ist abgewickelt.

Die **nächste Sitzung** findet am 17. Oktober 1975, 9.30 Uhr statt. Ich danke Ihnen.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Ende der Sitzung: 11.03 Uhr)

**Berichtigung**

(B)

(D)

**422. Sitzung**

Seite 212 B Zeile 19. Bei Punkt 62 der Tagesordnung Ziff. 4 lautet das Abstimmungsergebnis: Minderheit.

Im übrigen sind Einsprüche gegen den Bericht über die 422. Sitzung nicht eingelegt worden; damit gilt der Bericht gemäß § 34 der Geschäftsordnung als genehmigt.

## (A) Anlage 1

**Erklärung von Senator Lüder (Berlin)**  
zu den Punkten 2 bis 5 der Tagesordnung

Der Senat von Berlin begrüßt das **Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen**, das die Bundesregierung am 27. August 1975 beschlossen hat.

Dieses Programm wird den konjunkturpolitischen Erfordernissen der immer noch schwierigen Übergangsphase der deutschen Wirtschaft gerecht. Mit ihm wird die Konsequenz daraus gezogen, daß zwar eine durchgreifende wirtschaftliche Erholung nur über eine Überwindung der weltwirtschaftlichen Rezession erreicht werden kann, gleichwohl aber die Beschäftigungslage in den von der wirtschaftlichen Schwäche besonders betroffenen Sektoren, vor allem der Bauwirtschaft, gezielt abgestützt werden muß. Diese Maßnahmen werden zur Konsolidierung der Bauwirtschaft — konjunkturell und strukturell — beitragen und über diesen Wirtschaftsbereich hinaus auf weitere Sektoren ausstrahlen. Zugleich werden mit diesen Maßnahmen auch die Grundlagen für eine allgemeine wirtschaftliche Erholung in der Bundesrepublik verbessert.

Die Bundesregierung hat in realistischer Weise die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen dieses Programms deutlich gemacht. Sie hat nüchtern vor überzogenen Erwartungen gewarnt. Für diese tatkräftige, aktive und zugleich besonnene Konjunkturpolitik gebührt der Bundesregierung Dank.

In der öffentlichen Debatte über dieses Programm ist die Frage gestellt worden, ob es nicht etwas größer hätte bemessen werden können. Wir sind mit der Bundesregierung der Auffassung, daß eine weitere Belastung des Kreditmarktes durch zusätzliche öffentliche Kreditanforderungen — über das Maß von 65 bis 70 Milliarden DM hinaus, das alle öffentlichen Hände in diesem Jahr voraussichtlich in Anspruch nehmen werden — nicht vertretbar ist.

Konsequent hat die Bundesregierung dieses Programm in eine Strategie zur Lösung der mittelfristigen Probleme der Haushalts- und Steuerpolitik eingebunden. Denn: Ein isoliertes Konjunkturprogramm ohne Rücksicht auf mittelfristige wirtschafts- und finanzpolitischen Erfordernisse hätte in der gegenwärtigen Situation der öffentlichen Finanzen wenig Überzeugungskraft.

Durch die Beschlüsse der Bundesregierung zur Haushalts- und Finanzpolitik vom 10. September d. J. ist die notwendige Klarheit über die Perspektiven der finanzpolitischen Daten geschaffen worden. Die Wirtschaft und die Tarifpartner besitzen nun den notwendigen Datenkranz, um mittel- und kurzfristig ihre Aktivitäten zu planen. Es ist klar gestellt, daß die Beanspruchung des Kreditmarktes durch die öffentliche Hand zurückgeführt wird auf ein Maß, das der privaten Investitionstätigkeit die notwendigen Finanzierungsspielräume verschafft. Es ist weiter klargestellt, daß die notwendigen Einnahmeverbesserungen der öffentlichen Hand über eine zusätzliche Besteuerung des Konsums und nicht über zusätzliche Belastungen der Unternehmen bei den ertragsabhängigen oder ertragsunabhängigen Steuern erfolgt.

Damit hat die Bundesregierung nicht nur signalisiert, für wie wichtig sie die Überwindung der Investitionsflaute ansieht. Sie hat durch ihre Beschlüsse vom 10. September wichtige Voraussetzungen für eine Belebung der Investitionspolitik der Wirtschaft geschaffen. (C)

Wenn der **Senat von Berlin** das Konjunkturprogramm der Bundesregierung positiv bewertet und voll unterstützt, so auch und gerade vor dem Hintergrund dieser haushalts- und steuerpolitischen Maßnahmen. Beides muß als Einheit gesehen werden, als vernünftiges und wohlausgewogenes Gesamtkonzept zur Wiedergewinnung und Sicherung einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Land.

Niemand sollte so tun, als seien die haushalts- und finanzpolitischen Beschlüsse der Bundesregierung vom 10. September eine quantité négligable, es fehle ein mittelfristiges Gesamtkonzept. Die Zahlen beweisen das Gegenteil. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bundesregierung ist auf dem richtigen Weg und die Bundesregierung ist auch in der Gesellschaftspolitik auf dem richtigen Weg. Ihre Sozial- und Gesellschaftspolitik hat die Voraussetzungen geschaffen, die uns heute ermöglichen, eine schwierige wirtschaftliche Wegstrecke ohne soziale Erschütterung zu gehen. Um so weniger kann ich verstehen, wenn das Vertrauen der Bürger in die Zukunft unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung in Zweifel gezogen wird. Ich kann nur dringend davor warnen, hier eine Vertrauenskrise künstlich herbeizureden.

Ich betone noch einmal: Es bedarf keiner neuen Ordnung der Gesellschaftspolitik. Hier gilt es, das kontinuierlich und mit Augenmaß fortzuführen, was so erfolgreich angepackt und ausgebaut wurde. Die vor uns liegende Aufgabe ist nunmehr, dieses Programm zügig umzusetzen und beschäftigungspolitisch schnell wirksam werden zu lassen. (D)

Ich vermag nicht die Ansicht zu teilen, die konjunkturpolitischen Maßnahmen kämen für diesen Winter zu spät und die Bundesregierung habe zu viel Zeit für interne Vorbereitungen benötigt. Wir alle kennen seit Wochen die wesentlichen Programmteile und jeder konnte die notwendigen internen Schritte zur Vorbereitung seiner Maßnahmen tun.

**Aus Berliner Sicht** darf ich sagen: Wir haben die erforderlichen Vorbereitungen für eine zügige Durchführung der Maßnahmen getroffen. Bereits am 9. September hat der Senat das Arbeitsbeschaffungsprogramm beschlossen, am 16. September dann das Gesamtpaket der konjunkturpolitischen Maßnahmen Berlins.

Ich fasse zusammen: Berlin begrüßt das Programm zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen. Berlin begrüßt die Beschlüsse der Bundesregierung zur Haushalts- und Finanzpolitik. Wir sehen in diesen Maßnahmen eine solide Grundlage für die weitere Stabilisierung und Anregung der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Beschlüsse sind ausgewogen, sie setzen die richtigen Akzente, sie bilden die Voraussetzung für einen stabilen und stetigen wirtschaftlichen Aufschwung.